

# Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag **#sogehsolidarisch** Mitte September 2025

**Die Linke**

Fraktion im  
Sächsischen Landtag



Foto : G. Czekalla, CC BY 3.0, Wikimedia Commons

***Liebe Leserin, lieber Leser,***

uns erschreckt, mit welcher Leichtfertigkeit regierende Politiker über die Wehrpflicht reden.

**Wir haben uns im Landtag positioniert:** Die Staatsregierung soll gegen jegliche Zwangsdienste eintreten! Diese Dienste verletzen das Recht junger Menschen auf Selbstbestimmung, freie Berufswahl, Gewissensfreiheit und womöglich Leib und Leben. Eine moderne Armee benötigt Spezialfähigkeiten, die nur Berufssoldatinnen und -soldaten haben. Und: Die NATO hat mehr als drei Millionen Menschen unter Waffen, das sind die umfangreichsten Streitkräfte weltweit. Es ist sicherheitspolitisch nicht notwendig, die Wehrpflicht wiederzubeleben. **Wir sollten besser die Freiwilligendienste aufwerten.**

*Kevin Reißig, Pressesprecher*

---

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Geplant wird kein „Herbst der Reformen“, sondern Sozialabbau
2. Ein „Bildungsmonitor“, der keiner ist
3. Polizeigesetz: Mit der Linken sind Schusters autoritäre Phantasien nicht zu machen!
4. Sachsen sollte 500 besonders hilfsbedürftige Kinder aus Gaza aufnehmen
5. CDU arbeitet in Wurzen mit der AfD gegen die demokratische Zivilgesellschaft
6. Koalition vergibt Chancen bei der Windenergie-Nutzung – BSW lässt die Bevölkerung im Stich
7. De-Industrialisierung stoppen, Jobs und Standorte retten
8. Länder und Kommunen sollen das Bundes-Investitionsgeld eigenverantwortlich ausgeben dürfen
9. Auch das gibt's

---

Geplant wird kein „Herbst der Reformen“, sondern Sozialabbau

---



„Sozialstaat sichern, Superreiche gerecht besteuern – gegen einen Herbst der Ungerechtigkeit!“ Darüber hat der Landtag auf unseren Antrag hin debattiert. Susanne Schaper kritisiert die „Kampagne gegen den Sozialstaat“, der keineswegs „aufgebläht“ ist. Kommissionen sollen jetzt Vorschläge zur „Effizienzsteigerung“ machen. Am Ende ist knallharter Sozialabbau geplant, darauf deutet die diffamierende

Diskussion zum Bürgergeld hin. Gute Rente, menschenwürdige Pflege und moderne Gesundheitsversorgung sind aber bezahlbar – wenn Superreiche gerecht beitragen müssen und alle, die im Job oder am Finanzmarkt ein Einkommen erzielen, dafür in die gesetzlichen Kassen einzahlen.

---

## Ein „Bildungsmonitor“, der keiner ist

---



Seit 20 Jahren erweckt die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ immer wieder den trügerischen Eindruck, das Bildungssystem bewertet zu haben, und setzt Sachsen auf Platz 1. Regierung und CDU jubeln, Medien berichten über den angeblichen Spitzenplatz. Doch der Blick aus einer „ökonomischen Perspektive“ ist eine so durchschaubare wie kaum hilfreiche Verkürzung. Mit ihrem „Monitor“ beurteilt die Wirtschaft

nur das, was ihr wichtig ist. Wir schauen nicht auf Lobbygruppen, sondern stattdessen in die Schulen, und sehen erheblichen Handlungsbedarf.

---

## Polizeigesetz: Mit der Linken sind Schusters autoritäre Phantasien nicht zu machen!

---



Die Freie Presse hat Überlegungen aufgedeckt, die das Innenministerium zur Änderung des Polizeirechts anstellt. Der Verfassungsgerichtshof hatte die Staatsregierung 2024 mit einem von uns miterfochtenen Urteil beauftragt, verfassungswidrige Regelungen im Polizeigesetz zu ändern. Bisher ist das nicht passiert. Armin Schuster und sein Haus wollen wohl lieber neue Befugnisse einführen, die keine

Sicherheit schaffen, aber noch tiefer in die Grund- und Freiheitsrechte eingreifen. Mit der Linken wird das nicht laufen. Wenn die CDU weiter in Richtung Überwachungsstaat gehen will, wird sie sich dafür eine schmutzige Mehrheit mit irgendwelchen Populisten suchen müssen.

---

## Sachsen sollte 500 besonders hilfsbedürftige Kinder aus Gaza aufnehmen

---



Wir haben im Landtag gefordert, dass Sachsen in Kooperation mit dem Bund 500 unterernährte, kranke oder verletzte Kinder aus dem Gazastreifen sowie deren Geschwister, Eltern und Großeltern aufnimmt. In Gaza herrscht eine humanitäre Katastrophe - Sachsen sollte seinen Beitrag leisten, um zu helfen. Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine Frage der Menschlichkeit und ein Gebot der Genfer

Flüchtlingskonvention. Nur die Grünen-Fraktion signalisierte Unterstützung – CDU, SPD, BSW (und natürlich die AfD) lehnten ab.

---

## CDU arbeitet in Wurzen mit der AfD gegen die demokratische Zivilgesellschaft

---



Es ist nicht neu, dass die AfD gegen Ehrenamtliche aus der Zivilgesellschaft ins Feld zieht, die sich für die Demokratie einsetzen. Es schockiert aber, dass die CDU gemeinsam mit ihr das Leuchtturmprojekt Netzwerk Demokratische Kultur e. V. in Wurzen massiv schwächt. Sie sorgt so dafür, dass erhebliche Fördermittel für lokale

Kulturangebote nicht in die Stadt fließen. Vom Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Michael Kretschmer erwarten wir dazu klare Worte, vor allem in Richtung der kommunalen Mandatsträger seiner Partei!

---

## Koalition vergibt Chancen bei der Windenergie-Nutzung – BSW lässt die Bevölkerung im Stich

---



CDU, SPD und BSW haben ihre erste gemeinsame Gesetzesänderung beschlossen. Betreiber von Windparks sollen an umliegende Gemeinden nicht mehr 0,2 Cent pro eingespeister Kilowattstunde zahlen, sondern 0,3 Cent. Die Anwohnerinnen und Anwohner indes bekommen auch künftig weder eine Direktzahlung noch günstigere Strompreise. Die Pflicht, sie direkt zu beteiligen, war vorgesehen, entfiel aber – offensichtlich auf Druck

des BSW. Ist das die versprochene „andere Politik“? Die drei Fraktionen verlängerten auch die Frist für die Windenergie-Flächenausweisung. [So dauert es noch länger, bis die Energiequelle Windkraft in Sachsen ausgeschöpft wird.](#)

---

## De-Industrialisierung stoppen, Jobs und Standorte retten

---



Im dritten Jahr der Rezession ist es umso dringlicher, dass der Staat eine aktive Industriepolitik verfolgt. Industriezweige, die eine gute Zukunft haben können, müssen ausgebaut werden. Das gelingt nur mit den Beschäftigten, nicht gegen deren Interessen. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Wissenschaft und Beschäftigten haben die linken Fraktionsvorsitzenden ein

Maßnahmenpaket erarbeitet und [bei ihrer Tagung in Erfurt eine Erklärung verabschiedet.](#)

---

## Länder und Kommunen sollen das Bundes-Investitionsgeld eigenverantwortlich ausgeben dürfen

---



R. Hempel, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Die Bundespolitik berät derzeit über ein Gesetz, das regelt, wie die Länder und Kommunen ihren Anteil am Bundes-Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität verwenden können. [Die Linksfraktion fordert](#), dass der Freistaat Sachsen dabei eine Reihe von Nachbesserungen verlangt. Wir wollen, dass das Land sowie die Landkreise, Städte und Gemeinden das Bundesgeld so frei und eigenverantwortlich wie möglich ausgeben können, und

schlagen insgesamt 14 Regelungen vor. [Die Ausschüsse werden nun weiter über unseren Antrag beraten.](#)

---

## Auch das gibt's

---



„Es ist ein Problem, die Vermögensverteilung.“ Die Frage sei „natürlich, wie man auch da eine größere Gerechtigkeit herstellen kann“. Wer hat's gesagt? Man kommt nie drauf: [Jens Spahn](#)! Als CDU-Fraktionschef ist er ein einflussreicher Mann, das war er auch schon als Gesundheitsminister. Nachdem sein mutmaßlicher Corona-Masken-Klüngel ([der offenbar bis nach Sachsen reichte](#))

die Allgemeinheit mehrere Milliarden Euro gekostet hat, wäre es nun höchste Zeit für ihn, ein paar Milliarden zusätzlich ins Staatsäckel zu bringen. Wann also müssen Superreiche wieder Vermögensteuer zahlen?

## Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

[linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)